

Autor: Fokuhl, Josefine/ Heide, Dana/ Koch, Moritz/ Neuerer, Dietmar

Mediengattung: Online News

Seite: online

Visits (VpD): 0,768 (in Mio.)¹

Ressort: Politik / Deutschland /

Unique Users (UUPD): 0,271 (in Mio.)²

Weblink: <https://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/5g-netz-nato-generalsekretaer-stoltenberg-warnt-deutschland-vor-huawei/29492694.html>

¹ von PMG gewichtet 09-2023

² gerundetagma ddf 0-Tag 2023-03 vom 21.04.2023, Gesamtbevölkerung 16+

5G-Netz

Nato-Generalsekretär Stoltenberg warnt Deutschland vor Huawei

Seit Wochen schiebt die Bundesregierung eine Entscheidung zur Entfernung von chinesischen Komponenten im deutschen 5G-Netz auf. Die Nato ist genervt.

Erstveröffentlichung: 2023-11-09 15:53:04 letzte Aktualisierung: 2023-11-09 15:53:15

Die Nato hat sich mit einer deutlichen Warnung in die Debatte über chinesische Kommunikationstechnologie eingeschaltet. Jens Stoltenberg, Generalsekretär der Allianz, rief auf der ersten Nato-Cyberverteidigungs-Konferenz im Berliner Auswärtigen Amt die Bündnispartner dazu auf, auf Komponenten der chinesischen Hersteller Huawei und ZTE zu verzichten.

„Wir müssen es vermeiden, uns auf die Technologie autoritärer Regime zu verlassen, um unser digitales Rückgrat der Zukunft aufzubauen“, sagte er am Donnerstag und erinnerte an die drastischen Folgen, sich bei der „Energieversorgung auf Russland verlassen“ zu haben. „Wir sollten diesen Fehler nicht wiederholen, indem wir uns bei der Technologie für unsere kritischen Netze auf China verlassen“, mahnte Stoltenberg, der sich in Berlin auch mit Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) und Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne) zum Gespräch getroffen hatte. Es ist äußerst ungewöhnlich, dass die Nato in aktuelle innenpolitische Debatten eingreift, erst recht mit so klaren Worten. Aber im Hauptquartier der Allianz hat sich Frust darüber aufgestaut, dass die deutschen Mobilfunkanbieter Telekom, Vodafone und Telefónica beim Aufbau der Mobilfunknetze der 5. Generation (5G) weiterhin auf Huawei-Produkte vertrauen, ohne dass die Bundesregierung einschreitet.

Auch Sicherheitsexperten der Bundesregierung sind besorgt darüber, dass eine

Entscheidung über den Ausbau von chinesischen Komponenten aus dem deutschen 5G-Netz seit Wochen aufgeschoben wird.

Mitte September hatte das SPD-geführte Innenministerium nach einer umfassenden Risikoanalyse Konsequenzen geordert. Nach dem Willen des Ministeriums sollen deutschlandweit chinesische Komponenten innerhalb von drei Jahren von den Netzbetreibern so weit entfernt werden, dass am Ende nicht mehr als 25 Prozent der Komponenten im 5G-Netz von chinesischen Herstellern stammen. Bislang sind es laut Expertenschätzungen zwischen 50 bis 60 Prozent.

Digitalminister Wissing warnt vor hohen Kosten bei Huawei-Bann. An besonders sicherheitsrelevanten Standorten wie Berlin oder Köln/Bonn, wo besonders viele Bundesministerien und -behörden angesiedelt sind, sollen innerhalb von drei Jahren sogar alle chinesischen Komponenten entfernt werden. Die Frist richtet sich dabei nach dem Lebenszyklus der Komponenten, um den Aufwand für die Betreiber möglichst gering zu halten. Festgehalten werden sollte der Plan mit den Netzbetreibern in einem gemeinsamen Vertrag. Doch der Prozess stockt.

Dabei hat das Innenministerium massive Sicherheitsbedenken gegen den Einsatz von chinesischen Komponenten und fürchtet unter anderem politisch motivierte Sabotage und Datenklau – eine Einschätzung, die Nato und EU teilen. Huawei, ZTE sowie die Netzbetreiber hatten Sicherheitsrisiken oder die Möglichkeit einer missbräuchlichen Nutzung ihrer Produkte für Spionage

stets energisch bestritten.

>> Lesen Sie auch: Ampelpolitiker drängen auf Huawei-Verbot für Deutsche Bahn

Nach Informationen des Handelsblatts teilt das ebenfalls an der Entscheidung beteiligte Auswärtige Amt die Einschätzung des Innenministeriums und wünscht sich sogar noch entschlossener Maßnahmen, um die deutschen Netze von chinesischen Komponenten zu befreien.

Bei der Cyberkonferenz im Auswärtigen Amt äußerte sich Baerbock allgemein zu einem besseren Schutz der Cyberinfrastruktur der Nato-Mitglieder und mahnte: „Wir müssen darauf vorbereitet sein, mit Cyberattacken umzugehen – in Friedens-, Krisen- und Konfliktzeiten“, so die Grünen-Politikerin. „Wir müssen unsere Systeme auf den neuesten Stand bringen: diejenigen, die unsere Regierungen nutzen, aber auch diejenigen, auf die sich unsere Industrie und unsere Bürger verlassen“

Das Wirtschaftsministerium sieht den Einsatz von Huawei- und ZTE-Komponenten ebenfalls kritisch. Einzig das Verkehrsministerium stellt sich vehement gegen den Vorschlag des Innenministeriums – und ist damit der Grund für die Verzögerung der Entscheidung. Bundesverkehrsminister Volker Wissing (FDP) fürchtet, dass die Entfernung der chinesischen Technologie zu teuer wäre, zudem schätzt man im Haus offenbar die Gefahr als nicht so hoch ein.

Grüne bringen Machtwort des Kanzlers gegen Wissing ins Spiel

Nun kommt es darauf an, wie sich das

Bundeskanzleramt positioniert. Aus Koalitionskreisen heißt es, Scholz und seinen Beratern seien die Risiken, weiter auf Huawei zu setzen, bewusst. Seit Wochen wird ein klärendes Gespräch zwischen dem Kanzleramt und den drei zuständigen Ministerien erwartet – bislang gibt es jedoch noch nicht mal einen Termin dafür. Bis das Thema geklärt ist, haben die zuständigen Ministerinnen und Minister einen Maulkorb vom Kanzleramt verpasst bekommen. Über 5G-Netze lassen sich große Datenmengen besonders schnell und zuverlässig transportieren. Künftig sollen mit ihnen Fabriken und Stromnetze gesteuert werden, auch dem autonomen Fahren könnte die Technologie zum Durchbruch verhelfen.

>> Lesen Sie auch: Zwischen Zurückhaltung und Drohungen: Wie China auf mögliche Mobilfunk-Beschränkungen reagiert

„Kein anderes europäisches Land hat so viel chinesische Technologie in seinen Netzen wie Deutschland“, sagt der dänische Mobilfunkexperte John Strand.

„Der Marktanteil von Huawei ist in Berlin größer als in Peking.“ Dabei gibt es mit Nokia und Ericsson sogar eine europäische Alternative.

Der digitalpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Jens Zimmermann, begrüßte das eindeutige Votum von Nato-Generalsekretär Stoltenberg gegen den Einsatz chinesischer IT-Technik nun. Die geopolitische Sicherheitslage sei angespannt wie nie, deshalb sei der Schutz kritischer Infrastruktur innerhalb der Nato essenziell.

„Insofern sollte man dem Nato-Generalsekretär gut zuhören“, sagte Zimmermann dem Handelsblatt. An die Adresse der FDP fügte er hinzu: Es reiche nicht, „sich wortreich für jede neue Waffenlieferung an die Ukraine einzusetzen, wenn dann die Scheunentore der kritischen Infrastruktur weit offengelassen werden“.

Der Vizechef der Grünen-Bundestagsfraktion, Konstantin von Notz, fordert ein Machtwort des Kanzlers. „Angesichts aktueller Bedrohungsszenarien können wir es uns schlicht nicht erlau-

ben, weiter auf Zeit zu spielen“, sagte von Notz dem Handelsblatt. „Nötigenfalls bedarf es hier eines Machtworts aus dem Kanzleramt.“

Die Bundesregierung habe sich mit ihrer Chinastrategie klar positioniert. „Gemeinsam hat man sich darauf verständigt, unsere kritischen Infrastrukturen besser zu schützen und Abhängigkeiten von ausländischen Anbietern zu reduzieren“, betonte von Notz. „Wer die Zeitenwende ernst nimmt, muss diesen Ankündigungen auch politische Taten folgen lassen.“

Auch die Opposition erhöht den Druck. „Das Parlament hat nicht zwei Jahre lang für eine vernünftige Gesetzgebung gekämpft, damit die Hängepartie bei 5G jetzt weitergeht“, mahnte CDU-Außenpolitiker Norbert Röttgen, der sich seit Jahren dafür einsetzt, chinesische Technologie aus deutschen Mobilfunknetzen zu verbannen.

Mehr: Wie sich Deutschland gegen Chinas digitale Macht wappnen will



Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg warnt davor, sich auf Technologie autoritärer Regime zu verlassen. Foto: Reuters



Das Verkehrs- und Digitalministerium von Ressortchef Volker Wissing (FDP) sieht ein mögliches Verbot von chinesischen 5G-Komponenten kritisch. Foto: dpa

Wörter: 979

Urheberinformation: Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH 2023: Alle Rechte vorbehalten. Die Reproduktion oder Modifikation ganz oder teilweise ohne schriftliche Genehmigung der Verlagsgruppe Handelsblatt GmbH ist untersagt. All rights reserved. Reproduction or modification in whole or in part without express written permission is prohibited.

© 2023 PMG Presse-Monitor GmbH & Co. KG